

Resolution des Rates: Keine Urantransporte nach Russland (über das Stadtgebiet von Hamm)

Der Rat der Stadt Hamm beschließt:

1. Der Rat der Stadt Hamm sieht in dem Stopp der Atomtransporte Richtung Russland eine dringend notwendige Kurskorrektur in den wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland.
2. Die Stadt Hamm lehnt zukünftige Transporte von Uranhexafluorid von und zur Urananreicherungsanlage in Gronau über Hammer Stadtgebiet ab.
3. Die Stadt Hamm unterstützt die Forderung des Bundesumweltministeriums sowie zahlreicher Anti-Atom-Initiativen und Umweltverbände, die Urananreicherungsanlage Gronau als Quelle der Urantransporte durch Hamm in das Atomausstiegsgesetz aufzunehmen und ihre Stilllegung herbeizuführen.
4. Der Rat beauftragt die Stadtverwaltung, die Bundesregierung aufzufordern, ihre ausschließliche Gesetzgebungskompetenz über die Erzeugung und Nutzung der Kernenergie zu friedlichen Zwecken wahrzunehmen und entsprechend klare Regelungen für Transport und Umschlag von Kernbrennstoffen im Sinne des beschlossenen Atomausstiegs zu verabschieden und im Sinne der beschlossenen Sanktionen die Geschäftsbeziehungen zu Russland umgehend zu beenden.

Begründung:

Durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine müssen alle bisherigen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen mit Russland neu gedacht und gestaltet werden. Es kann nicht sein, dass trotz des jüngsten Angriffskriegs auf die Ukraine weiterhin Atomtransporte von der UAA Gronau über Hammer Stadtgebiet möglich sein sollen.

Der Betrieb der Urananreicherungsanlage in Gronau führte bisher zu regelmäßigem Lieferverkehr mit hochgiftig-radioaktivem Uranhexafluorid (UF_6) von und zur UAA. Für Hamm fallen dabei vor allem Anlieferungen von UF_6 per Bahn an sowie der Abtransport von abgereichertem UF_6 als Abfallstoff. Allein in den Jahren 2019 und 2020 wurden dabei knapp 18 000 t Uranmüll in 20 Zugladungen über das Hammer Stadtgebiet befördert. Diese Uranzüge fahren von Gronau kommend über Münster-Häger, Kinderhaus und Zentrum-Nord durch den Hauptbahnhof Münster, dann weiter über Hiltrup und Hbf. Hamm zum Hafen von Amsterdam.

Zielort dieser Urantransporte war die russische, "geschlossene" Atomstadt Novouralsk bei Ekaterinburg. Dort lagert das Uran bisher unter freiem Himmel ohne erkennbare Weiterverwertung.

Aber ein Rechtsgutachten im Bundestag ergab im Herbst 2020, dass diese Uranexporte nach Russland einen Verstoß gegen die EU-Sanktionen gegenüber Russland darstellen, die im Zuge der Krim-Annexion und der militärischen Offensiven auf dem ukrainischen Festland erlassen worden waren. Abgereichertes UF_6 kann nämlich für panzerbrechende Munition – und damit für militärische Zwecke – eingesetzt werden.

Der Rat der Stadt Hamm fordert die Bundesregierung deshalb auf, die grundgesetzlich verankerte ausschließliche Gesetzgebungskompetenz in dieser Frage endlich entsprechend den Sanktionsbeschlüssen wahrzunehmen und den Atomausstieg durch die Schließung der UAA Gronau und der Brennelementefabrik in Lingen zu vollenden.

Mit freundlichen Grüßen


Reinhard Merschhaus
Fraktionsvorsitzender

gez. Karsten Weymann
Fraktionsgeschäftsführer